

Ärger um höhere Kita-Gebühr

Eltern lehnen die im Haushaltsentwurf für 2017 vorgesehene Anhebung in Höhe von 15 Prozent ab

Von Martin Teschke

Langensfeld. Die geplante Erhöhung der Betreuungsgebühren in Kindertagesstätten stößt in Langensfeld auf Widerstand. Der Stadtelternbeirat hat in einem dreiseitigen Brief an alle Fraktionen die „sozial unverträgliche Erhöhung“ abgelehnt. Vorgesehen ist, die Kita-Gebühren nächstes Jahr um 15 Prozent anzuheben.

Die höhere Gebühr ist Teil des Haushaltsentwurfs, der Mittwochabend im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden ist. Der Ausschussvorsitzende und CDU-Fraktionsvorsitzende Gerhard Mohn verteidigte die Gebührenerhöhung. Er begründete die Maßnahme im Wesentlichen mit den höheren Tarifabschlüssen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Erhöhung hätte womöglich noch stärker ausfallen müssen

„Rein rechnerisch müssten wir die Kita-Gebühren eigentlich um 24 Prozent erhöhen, um die höheren Tarife aufzufangen“, sagte Mohn. 82 Prozent der Kosten in den Kitas würden für das Personal ausgegeben. Außerdem beklagte er, dass das Land Hessen lediglich 13 bis 14 Prozent der Kosten trage. Die Eltern würden 20 Prozent übernehmen. Für den Rest müsse die Allgemeinheit aufkommen.

Langensfelds Bürgermeister Jörg Muth (ebenfalls CDU) stieß ins gleiche Horn – allerdings mit drastischeren Worten. „Prügelknaben der Nation sind doch die Kommunen, weil wir das letzte Glied in der Nahrungskette sind“, sagte Muth. Es sei ja schön, wenn in Berlin beschlossen werde, das Kita-Angebot auszubauen, aber zahlen müssten es letztlich die Städte und Gemeinden.

Beifall erhielt Muth dafür von Bernd Kaltschnee (SPD). Der for-

derte, wegen der Kita-Gebühren ein Signal nach Wiesbaden und Berlin zu senden.

Vorsichtige Kritik an der Gebührenanhebung kam von Jürgen Heim (Freie Wähler). Er fragte, ob die prozentuale Erhöhung der Kita-Gebühr im richtigen Verhältnis zur Erhöhung beispielsweise der Gewerbesteuer stehe. Zum Hintergrund: Im Haushaltsentwurf 2017 ist neben der Anhebung der Kita-Gebühren um 15 Prozent auch vorgesehen, die Gewerbesteuer von 380 auf 395 Prozent anzuheben.

Bürgermeister Muth brachte die klamme Finanzlage der Stadt ins Spiel. Es sei zwar vorgesehen, im nächsten Jahr einen Ergebnisüberschuss in Höhe von 271.000 Euro zu erzielen. Diese Summe sei allerdings keine solide Grundlage dafür, großzügig Geld zu verteilen.

„Unsere Aufgabe ist es, alles in eine Balance zu bringen“, ergänzte Ausschussvorsitzender Mohn, „sowohl die Belastungen der Wirtschaft als auch die Belastungen der Bürger.“ Wenn man die Unternehmen mit zu hohen Gewerbesteuern unter Druck setze, gefährde das eben auch Arbeitsplätze. Mohn räumte Mittwochabend in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses aber auch ein, dass eine Gebührenerhöhung von 15 Prozent Ungerechtigkeiten enthalte. Dies betreffe jene Familien, die gerade jetzt Kinder in der Kita hätten. Mohn dachte laut darüber nach, die Kita-Gebühren künftig Jahr für Jahr kontinuierlich um einen kleineren Betrag anzuheben.

Das klingt nach jeder Menge Redebedarf. Der Haupt- und Finanzausschuss hat deshalb den Stadtelternbeirat zu einer seiner nächsten Sitzungen eingeladen. Möglich wäre das zum Beispiel am Mittwoch, 23. November, wenn der Ausschuss um 19 Uhr erneut im Raum Brüssel der Klosterberghalle tagt.



Damit die Kleinen unbeschwert spielen können, müssen Städte und Gemeinden immer tiefer in die Tasche greifen. FOTO: DPA

DER PROTESTBRIEF IN AUSZÜGEN

Sehr geehrte Mitglieder des Magistrats,

mit Schreiben vom 21.10.2016 wurde der Stadtelternbeirat (Steb) über die geplante Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Benutzung der Kindertagesstätten der Stadt Langensfeld informiert. Gleichzeitig wurde der Steb um eine schriftliche Stellungnahme zu dieser gebeten.

Gemäß § 9 Buchstaben p und s der Satzung über Bildung und Aufgaben von Elternversammlung und Elternbeirat für die städtischen Kindertagesstätten und Stadtelternbeirat aller Kindertagesstätten in Langensfeld hat der Stadtelternbeirat u. a. bei allen Änderungen der Gebühren sowie bei der Planung von Einrichtungen mitzuwirken.

Dieser Mitwirkungspflicht ist die Stadt Langensfeld erst jetzt nachgekommen, nachdem faktisch bereits eine Gebührenerhöhung beschlossen ist. Zum Neubaub der Kindertagesstätte im Nie-

dertal 3 erfolgten bislang – außer durch die Presse – ebenfalls so gut wie keine Informationen.

In der eigens gegründeten Arbeitsgruppe zur Verbesserung der Kommunikation zwischen der Stadt und dem Steb fanden zwar schon Gespräche statt, inhaltlich waren sie zu den o. g. Themen noch nicht sehr informativ. Wir als Steb hätten diese Stellungnahme gerne schon zur Sitzung des Magistrats am 12.10.2016 vorgelegt. Der Stadtelternbeirat widerspricht daher der geplanten, sozialunverträglichen Erhöhung der Kita-Gebühren und lehnt diese in der vorliegenden Form ab.

Zu den Gründen:

Die zum 01.01.2017 geplante Anhebung der Kita-Gebühren wäre die dritte Erhöhung seit dem Jahr 2012.

Während 2012 ein Ganztagesplatz für ein U3-Kind (13-36 Monate) 200 Euro im Monat kostete, würden für diesen dann ab Januar 2017 282 Euro verlangt werden.

Anfallende Verpflegungskosten sind hier noch nicht einberechnet.

Ein Kindergartenkind (Kiga-Kind) kostete für einen Ganztagesplatz in 2012 130 Euro und würde ab 2017 dann 190 Euro kosten. Verpflegungskosten ebenfalls außen vor.

Gemessen an einer vierköpfigen Familie mit einem U3-Kind und einem Kiga-Kind würden für die Familie somit ab 2017 Mehrkosten von 1212 Euro entstehen. Der Geschwisterbonus wurde in der Berechnung bereits berücksichtigt. Als weitere Belastung für eine Familie mit Wohneigentum kommt ab 2017 dann noch die Anhebung der Grundsteuer B um 45% auf 580% hinzu. Gemessen an einem Einfamilienhaus mit einem durchschnittlichen Einheitswert von 37.000 Euro steigt die Grundsteuer B hierdurch von 384 Euro auf 557 Euro pro Jahr.

Somit fallen für diese vierköpfige Familie pro Jahr Mehrkosten von mindestens 1385 Euro ggü. dem Jahr 2012 an. Weiterhin wür-

den durch eben jene Familie dann noch die Mehrkosten für einen Besuch des Schwimmbades im Sommer getragen werden müssen.

Verglichen zu diesen Belastungen für Familien, steht demgegenüber die geplante Anhebung der Gewerbesteuer von 380% auf gerade einmal 398%.

So weit die Zahlen.

Festzustellen ist, dass insbesondere Familien mit Kleinkindern und Wohneigentum überproportional gegenüber Singlehaushalten oder Paaren ohne Kinder von den geplanten Gebührenerhöhungen der Stadt Langensfeld betroffen sind. (...)

Uns ist bewusst, dass die Stadt durch die Kinderbetreuung jährliche Mehrkosten von zurzeit über 900.000 Euro pro Jahr zu tragen hat. Aber diese werden sicherlich nicht aus reiner Nächstenliebe durch Städte und Kommunen deutschlandweit finanziert. Denn jede Familie, die hier Eigentum erwirbt, zahlt Steuern. Jedes arbei-

tende Elternteil entrichtet Einkommenssteuer, die Familien bezahlen Abfall- und Abwassergebühren, sind in Vereinen angemeldet und kaufen hier ihre Lebensmittel ein. Diese Einnahmen übersteigen die zu investierenden 900.000 Euro um ein Vielfaches. (...)

Der Stadtelternbeirat fordert daher, gemäß Satzung, eine sofortige Mitwirkung bei den Beratungen über die Änderung der Kindergarten- und Hortgebühren sowie bei der Planung der Kindertagesstätte Niedertal III.

Diese Stellungnahme bitten wir im Magistrat und HFA erneut unter Einbeziehung des Stadtelternbeirats zu erörtern. Weiterhin bitten wir darum, diese Stellungnahme allen Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung zeitnah vor der nächsten Sitzung am 04. oder 05.12.2016 zukommen zu lassen.

Zudem bitten wir um einen zeitnahen Erörterungstermin über die geplante Gebührenerhöhung sowie zur Kindertagesstätte Niedertal III.

Lastwagen drückt Auto an Betonwand

Langensfeld (re). Am Mittwochmittag ist bei einem Unfall nach einem Überholmanöver auf der A 66 bei Langensfeld an einem schwarzen Skoda ein Totalschaden entstanden. Ein 36 Jahre alter Autofahrer fuhr gegen 14 Uhr auf der linken Spur der Autobahn in nördlicher Richtung und entschloss sich, einen Lastwagen zu überholen. Dann wechselte der Lasterfahrer die Spur, drückte den Freigerichter mit seinem Oktavia gegen die Betonschutzwand und fuhr davon. Der Skoda blieb anschließend auf der linken Spur stehen und konnte nicht mehr weiterfahren. Der Schaden liegt nach Schätzungen der Polizei bei 12.000 Euro. Bei dem flüchtigen Fahrzeug soll es sich um einen Sattelzug mit grauer Plane gehandelt haben, wobei der Anhänger auf der linken Seite beschädigt sein soll. Zeugen melden sich bitte bei den Unfallfluchtermittlern in Langensfeld unter Telefon 06183/911550.

Entwicklung des Wohnraums

Langensfeld (re). Die Stadt Langensfeld lädt für Donnerstag, 1. Dezember, zur Bürgerversammlung in der Klosterberghalle ein. Das Thema im Saal „Europa“ ist ab 19.30 Uhr: Wohnraumentwicklung 2013 bis 2030. Besucher können sich über das aktuelle Thema informieren und sich an der anschließenden Diskussion beteiligen.

Sterbehilfe und christliche Ethik

Langensfeld (re). Die Evangelische Gemeinschaft Langensfeld veranstaltet am Donnerstag, 1. Dezember, von 19 bis 21 Uhr eine Infoveranstaltung im Gemeinschaftshaus (Spessartstraße 28). Referent Ronny Weigand ist Gesundheits- und Krankenpfleger, Diakon und Berater für Ethik im Gesundheitswesen.

Der Bundestag hat am 6. November 2015 die kommerzielle Sterbehilfe in Deutschland verboten. Ausgenommen von einer möglichen Strafe sind demnach „Angehörige oder andere dem Suizidwilligen nahestehende Personen, die sich lediglich als nicht geschäftsmäßig handelnde Teilnehmer an der Tat beteiligen“. Das Thema Sterbehilfe wird in der Gesellschaft sehr kontrovers diskutiert. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – der Artikel 1 des Grundgesetzes wird beim Thema „Sterbehilfe“ sehr unterschiedlich ausgelegt. Einige plädieren für ein selbstbestimmtes Recht auf Tod. Andere wollen das Leben unter allen Umständen bewahren. So vielfältig wie die Wertvorstellungen und Glaubensüberzeugungen der Menschen in unserem Land sind, so vielfältig sind auch die individuellen Entscheidungen der Einzelnen, die sich daraus ergeben. Das Seminar möchte Hilfestellung zur Meinungsbildung für diejenigen geben, die sich mit diesem sensiblen Thema beschäftigen wollen oder müssen.

„Landmäuse“ erobern den Buchberg

Kleinkinder besuchen mit ihren Tagesmüttern herbstlichen Wald / Mit dabei ist auch Therapiehündin „Hope“



Kurze Pause vom Spielen: Die „Landmäuse“ auf dem Buchberggelände.

FOTO: RE

Langensfeld (re). Die von Tagesmüttern betreuten „Landmäuse“ haben kürzlich einen Ausflug zum Buchberg unternommen. Nachdem alle Kinder mit ihrer Tagesmutter am Parkplatz angekommen waren, stürmten die „Landmäuse“ gleich auf den großen Spielplatz des Buchberggeländes. Einige Kinder mischten sich unter die Kinder des Waldkindergartens, der seit einiger Zeit am Buchberg beheimatet ist. Eine andere Gruppe sammelte mit ihrer Tagesmutter allerlei Waldschätze und tobte durch den herbstlichen Wald.

An diesem Vormittag wurden

die „Landmäuse“ neben ihren Tagesmüttern von Sozialpädagogin Mailine Böhm und ihrer angehenden Therapiehündin „Hope“ begleitet. Seit einiger Zeit begleitet die kleine Hündin die „Landmäuse“ auf ihren Ausflügen rund um Langensfeld. Der Ausflug endete mit einem gemütlichen Mittagessen in der Pizzeria am Buchberg.

Wer mehr über die Landmäuse erfahren möchte oder noch einen Betreuungsplatz für sein Kind sucht, kann sich unter folgender Nummer melden: Sylvia Borsch Telefon 06184/936862 oder unter tagesmutter-langensfeld.de.



Referent Ronny Weigand ist unter anderem Diakon und Berater für Ethik im Gesundheitswesen. FOTO: RE